



Medienmitteilung

Datum:

12. Dezember 2023

Familien und Familienpolitik in der Schweiz – Herausforderungen im Jahr 2040

Die Eidgenössische Kommission für Familienfragen EKFF setzt sich für die Berücksichtigung sämtlicher Familienkonfigurationen mit ihren spezifischen Bedürfnissen in Gesellschaft, Politik und Recht ein. Dazu hat sie am 5. Dezember 2023 ihr diesjähriges Forum Familienfragen durchgeführt und gleichzeitig eine Sammelpublikation mit sechs Beiträgen von namhaften Expertinnen und Experten zu den zukünftigen Herausforderungen für die Schweiz veröffentlicht.

Die Familienpolitik ist seit den 1990er-Jahren ein zunehmend bedeutungsvolles, vielfältiges und komplexes Politikfeld, das mobilisiert und polarisiert. Im Fokus steht die höhere Erwerbstätigkeit beider Eltern im Zusammenhang mit einer stärkeren Gleichstellung der Geschlechter. Hinzu kommt die volkswirtschaftliche Herausforderung des Fach- und Arbeitskräftemangels im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung unseres Landes. Einfluss auf die Familienpolitik haben auch die steigende Zahl von Kindern, die in Einelternhaushalten aufwachsen sowie die Kinder- und Familienarmut. Ebenfalls ein Einflussfaktor ist die wachsende Zahl von Kindern in Haushalten mit Migrationshintergrund mit den damit verbundenen Anforderungen an Integrationsleistungen. Ein breit diskutiertes Feld ist zudem das Familienrecht mit Abstammungs-, Ehe- und Erbrecht sowie die Besteuerung von Familien- und Einzelhaushalten.

Die [sechs Diskussionsbeiträge](#) liefern aus unterschiedlichen und auch innovativen Blickwinkeln neue Gedankenansätze zur Debatte, wie die schweizerische Familienpolitik in Zukunft gestaltet sein muss, um dem gesellschaftlichen Wandel und damit allen Familienkonfigurationen gerecht zu werden.

Meret Lütolf und **Pierre Lüssi** schlagen in ihrem Beitrag ein neues egalitäres Familienreferenzmodell als Ablösung des Einernährermodells vor. Dieses Modell würde den Eltern erlauben, bezahlte und unbezahlte Arbeit gemäss ihren individuellen Vorstellungen im Rahmen ihrer beruflichen und finanziellen Möglichkeiten zu kombinieren, ohne damit rechtlich oder effektiv benachteiligt zu sein.



Gabriela Muri Koller zeigt auf, dass Wohnverhältnisse und Pendeldistanzen zu Mehrfachbelastungen führen, insbesondere bei jungen Familien, multilokal lebenden Patchworkfamilien und bei atypischen Arbeitsverhältnissen wie Schichtarbeit oder Arbeit auf Abruf. Anhand von anschaulichen Familienbeispielen entwickelt sie fünf Massnahmenpakete für familiengerechte räumliche und zeitliche Lösungen.

Ingela Naumann deckt auf, dass die oft zitierte Wahlfreiheit der Eltern bei der Aufteilung der Familien- und Erwerbsarbeit meist gar keine ist, sondern dass Eltern Kompromisse eingehen oder dass ein Elternteil sogar seine grundlegenden Bedürfnisse und Interessen zugunsten der Familie opfert. Dies hat negative Folgen für sie oder ihn selbst, aber auch für die Familie als Ganzes. Sie empfiehlt ein reform-orientiertes Kompromissmodell um «Aufopferungsszenarien» und deren negativen Folgen zu vermeiden.

Anna Hotz und **Jasmin Gisiger** setzen den Fokus auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Zusammenhang mit dem steigenden Arbeits- und Fachkräftebedarf und dem Potenzial der nicht oder in tiefen Pensen erwerbstätigen Eltern. Sie stellen zudem einen Zusammenhang zwischen den gelebten Familienmodellen und den vorherrschenden Werthaltungen bezüglich der Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit her und schlagen verschiedene familienpolitische Massnahmen auf Ebene Staat, Wirtschaft und Individuum vor.

Lalitha Chamakalayil, **Heidi Hirschfeld** und **Oxana Ivanova-Chessex** beleuchten die Familienpolitik aus der Perspektive der familialen Minderheiten und setzen den Fokus auf komplexe Lebensrealitäten, wie bspw. in multigenerationalen und transnationalen Familienkonfigurationen. Familien sollen als vielfältige und sich laufend entwickelnde Gruppierungen gesellschaftlich verankert werden, indem diese Lebensrealitäten anerkannt und zum Ausgangspunkt von Familienpolitik gemacht werden.

Und zu guter Letzt zeigen **Ilaria Pretelli** und **Laura Bernardi** auf, dass aufgrund der Vervielfachung von Elternkonfigurationen, als Folge neuer Reproduktionstechniken und Leihmutterschaft, Anpassungen im Abstammungs- und Familienrecht nötig sind. Sie machen Empfehlungen für eine Reform des Schweizerischen Familienrechts unter besserer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen.

Die Beiträge werden fortlaufend auf [CHSS-Soziale Sicherheit](#) vorgestellt.

Die EKFF ist eine ausserparlamentarische Kommission, die sich für familienfreundliche Rahmenbedingungen einsetzt. Sie stellt spezifisches Fachwissen im Bereich Familienpolitik bereit, auf das die Bundesbehörden und weitere Interessierte bei Bedarf zurückgreifen können. Der Kommission gehören 15 Mitglieder aus familienpolitischen Organisationen sowie Instituten der Familienforschung und Fachpersonen aus dem Sozial-, Rechts- und Gesundheitsbereich an.

Kontakt/Rückfragen:

Nadine Hoch, Geschäftsleiterin EKFF, Bundesamt für Sozialversicherungen
Tel. +41 58 484 98 04, Tel. +41 79 129 24 73, nadine.hoch@bsv.admin.ch